

SOLOTHURNER

FREISINN

Für alle, die den Wecker stellen

Bild: Daniela Friedli



Wir wollen ins Stöckli

Sabrina Weisskopf ist unsere Ständeratskandidatin 2027

Die FDP Kanton Solothurn tritt mit Sabrina Weisskopf zu den Ständeratswahlen 2027 an. Sie setzte sich an der Delegiertenversammlung vom 17. Juni 2026 im Rahmen einer äusserst spannenden und fairen Ausmarchung gegen Kantonsrat Martin Rufer aus Lüsslingen-Nennigkofen durch. «Ich freue mich riesig über das Vertrauen der Delegierten», sagt Sabrina Weisskopf. «Ich habe Lust und Energie, nun Vollgas zu geben, um den Sitz im Ständerat für die FDP zurückzuholen.»



Liebe Freisinnige

Die eidgenössischen Wahlen rücken näher. Es ist offensichtlich, dass es im Parlament mehr Freisinn und mehr liberale Kräfte braucht, um unser Land vorwärtszubringen. Damit das Realität wird, muss die FDP im Wahlkampf glänzen – und genau das werden wir: **Dank unseres neuen Auftritts wird die FDP aus der Masse herausstechen.** Den entscheidenden Unterschied macht aber nicht das Design, sondern unser Anspruch: Statt wie die anderen Parteien einfach nur Probleme zu bearbeiten, streben wir nach Lösungen für eine Schweiz, die auch morgen zu den besten Orten der Welt zum Leben und Arbeiten gehört.

Wir sind die Partei der Lösungen

In den vergangenen zwölf Monaten ist uns das gelungen: Die FDP ist bei vier entscheidenden Volksabstimmungen vorausmarschiert und hat den Takt angegeben. Viermal haben wir gewonnen: beim Bodigen der Juso-Enteignungs- und der 10-Millionen-Initiative sowie bei der Beseitigung des Eigenmietwerts und der Einführung der Individualbesteuerung. Dank der FDP ist die verfassungswidrige Heiratsstrafe endlich abgeschafft! **Diese Erfolge zeigen, wie nahe wir mit unserer Politik bei den Leuten sind.** Vor allem aber zeigen sie, was möglich ist, wenn wir Menschen mit liberaler Haltung mobilisieren können. Wenn sie mitziehen und sich engagieren. Dafür ein herzliches Dankeschön!

Wohlstand fällt nicht vom Himmel

Wie wichtig eine starke freisinnige Präsenz im Parlament ist, das zeigte sich in den letzten Monaten etwa beim Mercosur-Freihandelsabkommen: Unsere Fraktion war die einzige Bundesratspartei, die geschlossen für offene Märkte, Arbeitsplätze und wirtschaftliche Chancen stimmte. Offenbar haben inzwischen viele andere vergessen, dass Wohlstand nicht vom Himmel fällt. Er muss erarbeitet werden von Menschen, die anpacken und Verantwortung übernehmen – Bürgerinnen und Bürger, die Tag für Tag den Wecker stellen und dafür sorgen, dass die Schweiz funktioniert. Dieser Einsatz ist für uns Verpflichtung: **Die FDP macht Politik für ein Land, in dem die Menschen am Ende des Tages mehr vom Lohn im Portemonnaie haben.** Wir bekämpfen mit aller Kraft unnötige Bürokratie und neue Steuern.

Arbeit, Sicherheit und Infrastruktur

Damit Menschen und Unternehmen sich entfalten und etwas aufbauen können, braucht es noch viel mehr als eine vernünftige Steuerpolitik: Ebenso wichtig sind eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur, eine sichere Energieversorgung und genügend Wohnraum. Deshalb müssen wir Bewilligungsverfahren beschleunigen, Bürokratie abbauen und dafür sorgen, dass in der Schweiz wieder schneller gebaut werden kann. **Und letztlich gehört die Sicherheit zur DNA von uns Freisinnigen:**

Wohlstand braucht ein sicheres Fundament.

Deshalb muss unsere Armee rasch wieder verteidigungsfähig werden – nachgerüstet ohne einen Rappen neue Steuern.

Nein zur «Neutralitätsinitiative»

Zu einer sicheren Schweiz gehört ausserdem politische Handlungsfähigkeit. Genau diese gefährdet die «Neutralitätsinitiative», wie unser Bundesrat Ignazio Cassis in seinem Interview (Seite 4) aufzeigt. **Am 27. September sagen wir deshalb klar Nein zur «Neutralitätsinitiative» – und damit Ja zur bewährten Schweizer Neutralität.**

Liebe Freisinnige, die Schweiz braucht uns und unsere Werte mehr denn je. Packen wir es gemeinsam an!

Susanne Vincenz-Stauffacher,
Co-Parteipräsidentin und Nationalrätin

Benjamin Mühlemann,
Co-Parteipräsident und Ständerat

Bild: Daniela Friedli



Hochsaison für den Personalchef

Felix Hug ist seit 2015 der parteiinterne Talentscout

Sein Auftrag: einen Personalpool für politische Mandate bewirtschaften. Und die besten und aussichtsreichsten Köpfe der FDP als Kandidierende für kantonale und nationale Wahlen gewinnen. Dabei will Felix Hug seinen Gesprächspartnern immer auf Augenhöhe begegnen.

Über 20 Jahre lang hat Felix Hug ein Handelsunternehmen mit 20 Angestellten in Dulliken geführt. Die Herausforderungen im Personalbereich kennt er daher nur zu gut. Aber hilft das, wenn man plötzlich das neu gegründete Ressort «Personelles» in der Geschäftsleitung einer Kantonalpartei übernimmt? «Handwerklich ganz sicher. Menschen wollen sich auf Augenhöhe begegnen und ernst genommen werden», sagt Felix Hug. «Planerisch ist es jedoch eine ganz andere Sache. Politische Karrieren sind schwerlich planbar und als Partei kann man einzelnen Personen keine Garantien auf ein Amt abgeben.»

Reinen Wein einschenken

Offenheit, Berechenbarkeit und Loyalität sind Personalchef Felix Hug in seinem Amt besonders wichtig. Das bedeutet unter anderem: «Ich muss den Leuten reinen Wein einschenken, ohne dabei demotivierend zu wirken. Rückschläge gehören in der Politik und bei Wahlen dazu.»

Aktuell ist Hochsaison für den Personalchef. Er hat im Ausschuss Wahlen 2027 massgeblich mitgewirkt und die Nomination für die Stände-

ratswahlen vorbereitet. Phase 1 ist beendet: Sabrina Weisskopf wurde bekanntlich am 17. Juni 2026 durch die Delegierten aufs Ständeratssticket gehievt. Nun läuft Phase 2, in welcher der Ausschuss die Kandidierenden für die Nationalratslisten akquiriert. Einmal mehr führt Felix Hug also zig Gespräche im Dienste der Partei.

Widerspenstiger werden

Der Fokus gilt dem Wahlsonntag vom 24. Oktober 2027. Felix Hug weiss ganz genau, wie sein Wunschscenario für diesen Tag aussieht: «Wir holen zwei Sitze im Nationalrat und Sabrina Weisskopf erzielt ein Topresultat im ersten Ständeratswahlgang, der uns motiviert, für den zweiten Wahlgang anzutreten und diesen zu gewinnen.» Und was braucht's dafür? «Clever Köpfe, die bereit sind, Kante zu zeigen und nicht beim ersten Widerspruch die kommunikative Flucht ergreifen. Wir müssen widerspenstiger werden und uns von der Lebenslüge des allumsorgenden Staates verabschieden», so der Personalchef.

Die eidgenössischen Wahlen 2027 werden die letzten sein, die Felix Hug als Personalchef

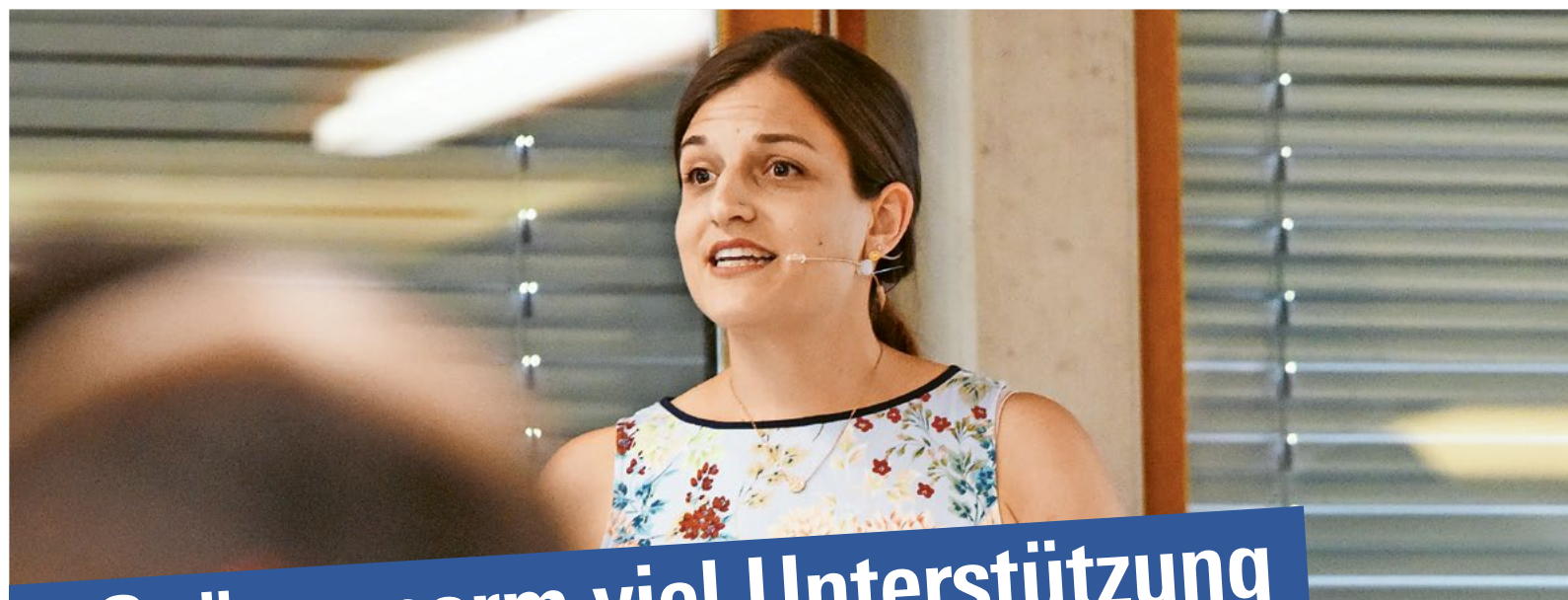
der FDP-Kantonalpartei begleitet. Er hat diesen Entscheid schon vor längerer Zeit gefällt und bekannt gegeben. «Der Altersunterschied zwischen mir und meinen Gesprächspartnern und -partnern wird immer grösser», so Felix Hug. «Es ist also Zeit für eine jüngere Person.» Wer Felix Hug kennt, weiss, dass er der Partei über diesen Tag hinaus eng verbunden sein wird. Er kennt schliesslich alle freisinnigen Nachwuchshoffnungen und Top Shots von unzähligen Gesprächen...

Hast du Interesse an einer Kandidatur?

Die FDP Kanton Solothurn will mit einer Hauptliste und mehreren Nebenlisten zu den Nationalratswahlen 2027 antreten. Aktuell läuft die Rekrutierung der Kandidierenden. Hast du Interesse, die nationalen Wahlen als Plattform zu nutzen, um deinen Namen für spätere Wahlen ins Spiel zu bringen? Dann melde dich via info@fdp-so.ch bei unserem Ausschuss Wahlen 2027.

Adriana Marti-Gubler,
Parteisekretärin

Bild: Daniela Friedli



«Spüre enorm viel Unterstützung und Vorfreude»

Unsere Ständeratskandidatin im Interview

Für den 24. Oktober 2027 hat Sabrina Weisskopf, Parteipräsidentin und Ständeratskandidatin, klare Ziele: «Wir wollen zulegen. Die FDP ist jünger, frischer und selbstbewusster geworden.» Und natürlich will sie den Ständeratssitz, auf den die FDP seit 2011 wartet, zurückholen.

Die Schweizer Politik bietet viele spannende Ämter: Warum willst du gerade Ständerätin werden?

Weil der Ständerat sehr gut zu meinem Verständnis von Politik passt. Mich interessieren klare Positionen – aber genauso die Frage, wie daraus tragfähige Lösungen und Mehrheiten entstehen. Im Ständerat zählen Persönlichkeiten, Argumente und die Fähigkeit, über Parteigrenzen hinweg zusammenzuarbeiten. Genau diese Art von Politik liegt mir. Und natürlich reizt mich die Herausforderung: Die FDP Solothurn wartet seit 2011 auf einen Sitz im Ständerat. Ich möchte diesen Sitz zurückholen.

Wir wissen aktuell noch nicht, ob Pirmin Bischof (Mitte) und Franziska Roth (SP) wieder antreten werden. Gegen wen würdest du gerne antreten?

Gegen alle, die antreten wollen (lacht). Ernsthaft: Ich mache meine Kandidatur nicht von anderen Personen abhängig. Die Ausgangslage wird je nach Kandidaturen natürlich unter-

schiedlich sein. Aber darauf habe ich ohnehin keinen Einfluss. Ich freue mich auf diese Wahl und alles, was in den nächsten Monaten auf mich zukommt. Wahlen werden nicht gegen jemanden gewonnen, sondern für jemanden.

Für einen Wahlerfolg musst du weit über die freisinnigen Parteigrenzen hinaus mobilisieren können. Wie gehst du diese Herausforderung an?

Ich glaube, wir unterschätzen manchmal, wie viele Menschen freisinnig denken, ohne FDP zu wählen. Und vielleicht ist es gerade meine Chance, dass ich nicht dem Bild entspreche, das manche noch immer von der FDP haben. Menschen überzeugt man nicht mit ausgeklügelten Strategien. Ich will zeigen, wer ich bin, wofür ich stehe und wie ich Politik mache.

Auf welche Themenschwerpunkte wirst du dich in deinem Wahlkampf konzentrieren?

Ich möchte darüber reden, wie wir unseren Wohlstand erhalten. Wir reden sehr viel dar-

über, wie wir ihn verteilen – und zu wenig darüber, wie er überhaupt entsteht. Die Schweiz ist so erfolgreich geworden, weil Menschen gearbeitet, Unternehmen aufgebaut, Risiken übernommen und Neues geschaffen haben. Heute wird Unternehmertum immer schwieriger, und gleichzeitig erleben gerade unsere KMU, wie schwierig es geworden ist, Menschen zu finden, die bereit sind, Leistung und Verantwortung zu übernehmen. Das kann auf Dauer nicht funktionieren.

Mein zweiter Schwerpunkt ist die Sicherheit. Ich bin in einer Zeit aufgewachsen, in der ich mich jederzeit sicher gefühlt habe. Heute traue ich mich kaum noch, am Abend alleine durch einen Bahnhof zu laufen. Und das dürfen wir nicht akzeptieren. Als Strafrechtlerin kenne ich unser Justizsystem aus der Praxis und weiss, dass das Strafrecht allein diese Probleme nicht lösen kann. Die Kriminalität steigt stetig, unser Asylwesen wird teilweise systematisch missbraucht und es entwickeln sich wieder offene Drogenszenen. Das sehen wir seit Jahren, trotzdem gelingt es der Politik nicht, wirksame Antworten darauf zu finden. Wir müssen endlich aufwachen. Einfach weitermachen wie bisher ist längst keine Option mehr.

Ich glaube, wir unterschätzen manchmal, wie viele Menschen freisinnig denken, ohne FDP zu wählen.



Als Kantonalparteipräsidentin verantwortest Du nicht zuletzt auch die Nationalratswahlen. Wie muss die FDP Kanton Solothurn dabei abschneiden, damit du am 24. Oktober 2027 zufrieden bist?

Wir wollen zulegen. Unseren Nationalratssitz zu halten, ist für mich das Minimum. Ziel muss sein, dass wir unseren Wähleranteil steigern und am Wahlabend stärker dastehen als 2023. Und natürlich hätte ich nichts dagegen, wenn wir für eine Überraschung sorgen.

Weshalb wird die FDP am 24. Oktober 2027 zu den Wahlgewinnern gehören?

Weil wir nicht antreten, um den Status quo zu verwalten. Wir wollen zulegen. Die FDP ist jünger, frischer und selbstbewusster geworden –

und wir bereiten uns seit über einem Jahr intensiv auf diese Wahlen vor. Ich spüre enorm viel Unterstützung und Vorfreude in unserer Partei und bin überzeugt, dass sich dieser Aufbruch auch im Resultat zeigen wird.

Welche Themen muss der Freisinn künftig unbedingt stärker «beackern»?

Wir müssen den Mittelstand wieder stärker erreichen. Menschen, die arbeiten, Verantwortung übernehmen und Steuern zahlen, haben zunehmend das Gefühl, für alles aufzukommen und politisch trotzdem kaum vorzukommen – ob im eigenen KMU, in der Pflege oder in der Bildung. Dazu gehört auch, dass wir besser darin werden, Frauen anzusprechen. Freiheit, Eigenständigkeit und wirtschaftliche Unabhängigkeit

müssten eigentlich gerade für Frauen hochattraktive politische Anliegen sein. Trotzdem erreichen wir sie noch zu wenig. Da haben wir als FDP noch viel Potenzial.

Wie bist du eigentlich zur Politik gekommen?

Eigentlich durch Zufall. Ich hatte nie vor, Politikerin zu werden. Vor rund zehn Jahren gab es bei der FDP in Biberist eine Vakanz, und ich sagte spontan zu. Damit wurde ich Ersatzmitglied des Gemeinderates. Rund ein Jahr später wurde ich – für mich völlig überraschend – zur Gemeinderätin gewählt und merkte sehr schnell, wie viel Freude mir Politik macht. Aus diesem Zufall wurden acht Jahre im Gemeinderat, später der Kantonsrat, das Parteipräsidium und jetzt die Ständeratskandidatur. Wenn mir das damals jemand vorausgesagt hätte, hätte ich ihn wohl für verrückt erklärt.

Du bist Mutter zweier Kinder im schulpflichtigen Alter, Rechtsanwältin, Kantonalparteipräsidentin, Kantonsrätin und nun auch noch Ständeratskandidatin. Wie schaffst du das alles?

Indem ich ziemlich viel arbeite. Das gehört zur ehrlichen Antwort dazu. Gleichzeitig bin ich in erster Linie auch Mutter und meine Kinder sorgen ziemlich zuverlässig dafür, dass Politik und Beruf nicht zum ganzen Leben werden. Ich mag diese unterschiedlichen Welten und ziehe gerade aus dieser Abwechslung viel Energie.

Die Kampagne der Schweiz fokussiert stark auf das Wecker-Symbol. Bitte verrate uns doch zum Schluss, wann dein Wecker normalerweise klingelt.

Mein Wecker steht auf 6 Uhr. Zum Aufwachen lese ich zuerst kurz online die ersten Nachrichten und gehe danach meistens eine Runde joggen. Um 7 Uhr bin ich wieder zu Hause und kann meinen Sohn wecken. Im besten Fall sehe ich dann meine Tochter noch kurz beim Frühstück, bevor sie das Haus verlässt. Aber ja, das ist der Plan. In der Realität kommt es durchaus vor, dass ich den Wecker um 6 Uhr kurzerhand auf 7 Uhr umstelle (lacht).

Wahlen 2027

Die FDP Kanton Solothurn steigt selbstbewusst in die Wahlen 2027. «Wir haben eine hervorragende Kandidatin mit grossen Ambitionen», sagt Nico Zila, Leiter Ausschuss Wahlen. «Wir haben aus diesem Grund die Nomination vorangetrieben. Wir wollen den Takt vorgeben.»

Der Ausschuss beschäftigt sich aktuell intensiv mit den strategischen Vorbereitungen für die Nationalratswahlen. Die FDP wird mit einer Hauptliste und zwei bis drei Nebenlisten antreten. Simon Michel als Bisheriger und Sabrina Weisskopf als Ständeratskandidatin werden die Hauptliste anführen. «Wir wollen unsere finanziellen und personellen Ressourcen bestmöglich investieren», so Zila.

Die Nomination der Nationalratskandidatinnen und -kandidaten wird an der Delegiertenversammlung vom 25. November 2026 erfolgen. Mit dieser sehr frühen Nomination erhält das operative Wahlkampfteam sehr viel Zeit, um die Kampagne 2027 aufzugleisen. Das operative Wahlkampfteam wird angeführt von Ruedi Nützi, ehemaliger Kantonalparteipräsident.

Adriana Marti-Gubler,
Parteisekretärin



«Möchte die Zukunft mitgestalten»

Im Porträt: Gemeindepräsident Etienne Gasche

Etienne Gasche ist der erste Gemeindepräsident der Fusionsgemeinde Kriegstetten. Er begleitet die technischen, aber auch emotionalen Herausforderungen, die der Zusammenschluss mehrerer Gemeinden mit all ihren Eigenheiten mit sich bringt.

«Ich will ein Gemeindepräsident sein, der erreichbar ist, zuhört und Anliegen ernst nimmt. Auch wenn nicht jeder Wunsch erfüllt werden kann, sollen die Menschen spüren, dass ihre Anliegen fair behandelt werden», sagt Etienne Gasche sehr bestimmt. Der 46-Jährige hat reichlich Erfahrung in der Kommunalpolitik gesammelt: Er war von 2003 bis 2009 Gemeindeschreiber in Rechterswil, wurde 2009 Gemeinderat in Oeking und übernahm 2018 das Gemeindepräsidium. Seit 2025 ist Gasche der erste Gemeindepräsident der Gemeinde Kriegstetten, zu der seit 2026 auch die Gemeinden Halten und Oeking gehören und die rund 3100 Einwohnerinnen und Einwohner zählt. In dieser Funktion führt er ein Verwaltungsteam mit sechs Mitarbeitenden.

Robidog und Schulraumplanung

Der Gemeindepräsident einer frisch vermählten Fusionsgemeinde hat verständlicherweise besondere Herausforderungen. «Die politische Fusion war nur der erste Schritt», sagt Etienne Gasche. «Jetzt müssen Organisation, Verwaltung und Bevölkerung zusammenwachsen. Aus drei gewachsenen Dorfgemeinschaften muss sich eine gemeinsame Identität entwickeln.»

Für ihn sei schnell klar gewesen, dass er die Fusion begleiten und Verantwortung für die neue Gemeinde übernehmen möchte. «Verantwortung war mich nie eine Last, sondern eine Chance, die Zukunft aktiv mitzugestalten.»

Etienne Gasche schätzt das Amt des Gemeindepräsidenten, das er neben seiner beruflichen Tätigkeit als Leiter Sozialdienst Wasseramt und seinen Verpflichtungen als fünffacher Familienvater ausübt. «Kein Tag gleicht dem anderen. Besonders Freude bereitet mir, gemeinsam mit engagierten Menschen Ideen zu entwickeln und Projekte umzusetzen, die unsere Gemeinde langfristig weiterbringen», sagt Gasche. Man wird konfrontiert mit den kleinen Alltagssorgen, wenn etwa der Robidog-Beutelspender leer ist, und kümmert sich um die grossen strategischen Brocken wie etwa die Schulraumplanung. Genau diese Abwechslung gefällt Etienne Gasche.

Gemeinsame Lösungen erarbeiten

Die Tätigkeit als Gemeindepräsident ergänzt sich wunderbar mit Gasches beruflicher Aufgabe als Leiter Sozialdienst Wasseramt. Strategisches Denken, Personalführung, Organisationsentwicklung sowie die Kompetenz, tragfähige

Lösungen zu finden, sind in beiden Rollen gefragt. «Meine alltäglichen Erfahrungen im Sozialdienst erinnern mich zudem daran, dass hinter politischen Entscheiden immer Menschen stehen», so Gasche. Dieses Bewusstsein prägt seine Entscheide in der Kommunalpolitik mit.

Prägend sind für Etienne Gasche auch die Grundpfeiler des Freisinns: Eigenverantwortung, Verantwortungsbewusstsein und Vertrauen in die Menschen sind für ihn ein ganz wichtiges Fundament. Gasche hält aber fest: «Ich bin überzeugt, dass auf Gemeindeebene nicht Parteipolitik, sondern Sachpolitik gefragt ist. Gute Lösungen entstehen dort, wo unterschiedliche Meinungen respektiert und gemeinsam Wege gesucht werden.» So funktioniert Kommunalpolitik – erst recht in einer Fusionsgemeinde.

In der Verantwortung

In der Kommunalpolitik übernehmen die Freisinnigen überdurchschnittlich viel Verantwortung im Vergleich mit den anderen Parteien. Wir wollen dieses Engagement sichtbar machen und porträtieren ab sofort in jeder Ausgabe des FREISINN eine verdiente Persönlichkeit aus der Gemeindepolitik.

Adriana Marti-Gubler,
Parteisekretärin



Mehr Freiheit beim Einkaufen

Die Jungfreisinnigen lancieren einen Volksauftrag für liberalere Ladenöffnungszeiten

Wer nach einem langen Arbeitstag noch schnell einkaufen möchte, kennt die Situation gut: Es ist kurz vor 18.30 Uhr, der Laden schliesst gleich und der Einkauf wird zum Wettlauf gegen die Zeit. Ein paar Kilometer weiter – beispielsweise im Kanton Bern – sieht die Welt anders aus. Weshalb hier in Solothurn nicht?

Genau hier setzen wir mit unserem neuen Volksauftrag an. Geschäfte sollen künftig von Montag bis Freitag zwischen 5 und 20 Uhr öffnen dürfen. An einem Wochentag soll weiterhin ein Abendverkauf bis 21 Uhr möglich sein. Die Öffnungszeiten werden also abends um eineinhalb Stunden verlängert.

Dabei ist ein Punkt zentral: Niemand muss länger öffnen! Ein kleiner Laden, für den sich eine Öffnung bis 20 Uhr nicht lohnt, kann weiterhin um 18.30 Uhr oder früher schliessen. Wer hingegen seine Kundschaft auch nach Feierabend bedienen möchte, soll diese Möglichkeit erhalten. Nicht der Staat soll entscheiden, sondern die Unternehmerinnen und Unternehmer selbst.

Auch die Konsumentinnen und Konsumenten profitieren davon. Unsere Lebensrealität hat sich verändert. Viele Menschen arbeiten Vollzeit, pendeln, arbeiten im Schichtbetrieb oder müssen Beruf und Familie unter einen Hut bringen. Weshalb sollen all diese Menschen ihren Alltag nach einer staatlich festgelegten La-

denschlusszeit von 18.30 Uhr richten müssen? Längere Öffnungszeiten verteilen zudem die Kundenströme besser und können den stark frequentierten Samstag entlasten.

Längere Öffnungszeiten nur an Werktagen

In der öffentlichen Diskussion wurde insbesondere die Situation der Angestellten kritisiert. Diese Bedenken nehmen wir ernst. Die Erweiterung der Ladenöffnungszeiten bedeutet nicht, dass bestehende arbeitsrechtliche Bestimmungen aufgehoben werden. Sie erweitert vielmehr den zeitlichen Rahmen, innerhalb dessen Geschäfte ihre Öffnungszeiten gestalten können. Gleichzeitig können dadurch flexiblere Arbeitszeitmodelle und zusätzliche Einsatzmöglichkeiten entstehen.

Bewusst verzichten wir auf liberalere Öffnungszeiten der Sonn- und Feiertage. Unser Volksauftrag betrifft nur die Werktage. Es geht nicht um eine Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft, sondern um eine moderate Anpassung an die heutige Realität.

Kantone wie Bern oder Basel-Stadt kennen Öffnungszeiten bis 20 Uhr bereits. Wir sollten uns nicht mit unnötig starren Regeln selbst einen Standortnachteil schaffen. Denn wenn die Kunden stattdessen über die Kantonsgrenze fahren oder online bestellen, ist dem Solothurner Detailhandel nicht geholfen.

Unser Volksauftrag ist keine Revolution. Er ist eine kleine, aber konkrete liberale Reform: weniger staatliche Bevormundung, mehr unternehmerische Freiheit und mehr Eigenverantwortung. Genau dafür lohnt es sich, Unterschriften zu sammeln. Unterschriftenbögen gibt es hier: www.jfso.ch/volksauftrag-liberale-oefnungszeiten/

Gina Rizzoli,
Präsidentin Jungfreisinnige
Kanton Solothurn

Parteiinteressen vor Landesinteressen

Kolumne



Parlamentarierinnen und Parlamentarier schätzen es nicht besonders, wenn man sie an ihren Amtseid erinnert. Dieser ist mit dem neuen Parlamentsgesetz allerdings erheblich zurückgestutzt worden. Die Ratsmitglieder haben die Verfassung und die Gesetze nur noch zu «beachten» und nicht mehr «treu und wahr» zu halten. Es gilt jetzt nur noch, seine Pflichten «gewissenhaft» zu erfüllen. Ein schwammiger Begriff, was immer man darunter verstehen kann oder will. Veraltete Formulierungen zu entschlacken und durch zeitgemässere zu ersetzen, kann durchaus sinnvoll sein. Aber soll man damit Werte, denen man sich seit jeher in der Eidgenossenschaft verpflichtet fühlte, gleich über Bord werfen?

Aristoteles hat die Tugend als Grundbegriff der Ethik geprägt. Aber das ist schon lange her. Die Tugend ist schon längst durch die «Pflicht» ersetzt und damit abgewertet worden. Und die «Pflicht» hat heute im politischen Alltag auch nur noch dekorativen Charakter. Der politische Umgangston ist rauer geworden. Der Zürcher SP-Nationalrat Fabian Molina ist bekannt dafür, dass er in den Sitzungen der vorbereitenden Kommissionen Ausdrücke verwendet, die jeden Anstand vermissen lassen. Aber der gleiche Molina präsentiert sich dann im Plenum als Gutmensch und bekämpft ein sinnvolles Freihandelsabkommen, das sogenannte Mercosur-Abkommen mit Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. Ihm fehlen im Abkommen wirksame Massnahmen gegen Zwangsarbeit in diesen Ländern. Sukkurs leistet ihm dabei auch aus Grenchen Farah Rummy.

Seit bald einmal zwei Jahren sind wir den täglich wechselhaften Launen Trumps ausgeliefert. Er bringt immer wieder neue Varianten von Zöllen ins Spiel, mit denen er versucht, die Wirtschaft anderer Länder zu kujonieren. Ein von ihm unsinnig inszenierter Krieg gegen den Iran hat die Blockade der Strasse von Hormus ausgelöst. Beides zeigt, wie verletzlich unsere internatio-

nal stark verflochtene Wirtschaft geworden ist, die uns zwar grossen Wohlstand gebracht hat. Es geht deshalb jetzt darum, Abhängigkeiten zu entflechten, neue Partner, neue Märkte zu suchen. Das von den EFTA-Staaten, zu denen auch die Schweiz gehört, abgeschlossene Mercosur-Abkommen mit den Staaten Südamerikas geht in diese Richtung. Er wird aber im Nationalrat von der SP und den Grünen torpediert. Schützenhilfe erhalten sie von den Bauern unter der Führung von Markus Ritter, der die Gelegenheit benützen will, für die Landwirtschaft zusätzliche 880 Millionen Entschädigung einzufordern für mögliche, aber nicht belegte billige Rindfleischimporte.

Die von der Linken verlangten Massnahmen gegen Zwangsarbeit und die zusätzlichen Entschädigungen für die Bauern werden vom Nationalrat abgelehnt, womit das Schicksal des Abkommens besiegelt ist. Es wird in der Gesamtstimmung mit 96 zu 86 Stimmen verworfen. Dagegen stimmten die SP, die Grünen und Teile der SVP. Den Abstimmungen ist eine längere Debatte vorangegangen. Von Linksgrün und den Bauernvertretern wurden dem Kommissionspräsidenten und besonders auch dem Sprecher der FDP-Fraktion ständig aggressive Zwischenfragen gestellt. Insgesamt 21 Parlamentarierinnen und Parlamentarier versuchten Bundespräsident Guy Parmelin nach dessen Eintretens-Votum mit Zwischenfragen zu löchern. Molina ist stets dabei. Ein respektloses, unwürdiges Theater, eine reine Zeitverschwendung auf Staatskosten. Wo bleibt da die «gewissenhafte» parlamentarische Erfüllung der Pflichten? Die Debatte zum Mercosur-Abkommen hat klar gezeigt und sie lässt für die bevorstehenden Beratungen über die EU-Verträge nichts Gutes erahnen: Parteiinteressen gehen heute vor Landesinteressen.

Urs Marti, Langendorf

Agenda

Dienstag, 8. September

19.00 Uhr: Kantonale Delegiertenversammlung, Rechterswil

Mittwoch, 9. September

Kantonsratssession

Freitag, 18., bis Sonntag, 20. September

FDP-Stand an der MIO, Olten

Freitag, 18., bis Sonntag, 27. September

FDP-Stand an der HESO, Solothurn

Sonntag, 20. September

9.00 Uhr: HESO-Brunch

Sonntag, 27. September

Abstimmung

Samstag, 17. Oktober

Eidg. Delegiertenversammlung, Langenthal

Freitag, 23., bis Sonntag, 25. Oktober

FDP-Stand am Zibelimäret, Oensingen

Dienstag/Mittwoch, 3./4. November

Kantonsratssession

Dienstag, 3. November

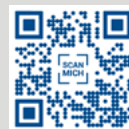
13.30 Uhr: Öffentliche Fraktionssitzung

Alle Anlässe unter:

www.fdp-so.ch/aktuell/agenda/

FDP-Brunch an der HESO

Unser traditioneller HESO-Brunch findet am Sonntag, 20. September, 9 bis 11 Uhr im Zelt der Bio-Bauern im Schanzengraben (Halle 10) statt. Wir freuen uns, wenn sich möglichst viele Freisinnige anmelden. Preis: Fr. 40.– pro Person (inkl. Getränke), Kinder gratis. Anmeldung erforderlich bis Montag, 11. September, via QR-Code. Aufgrund der beschränkten Anzahl Plätze werden die Anmeldungen nach Eingang berücksichtigt.





Packen wir es an!

Die Schweiz braucht eine starke FDP – heute mehr denn je. Unser Land steht vor grossen Herausforderungen. Bezahlbarer Wohnraum wird knapper, die Krankenkassenprämien steigen, Unternehmen finden immer schwieriger genügend Fachkräfte und unsere Infrastruktur gerät zunehmend an ihre Grenzen. Gleichzeitig wächst die Unsicherheit in Europa und der Welt.

Die Schweiz braucht jetzt keine Politik der Empörung, keine immer neuen Verbote und keine leeren Versprechen. Sie braucht Menschen, die Verantwortung übernehmen, Probleme anpacken und Lösungen umsetzen. Dafür steht die FDP.

Jeden Abend stellen Millionen Menschen in unserem Land ihren Wecker. Sie stehen früh auf, arbeiten, gründen Unternehmen, bilden Lernende aus, engagieren sich in Vereinen, leisten Freiwilligenarbeit oder sorgen für ihre Familien. Sie übernehmen Verantwortung – Tag für Tag. Genau für diese Menschen machen wir Politik.

«Wir wollen, dass Leistung wieder belohnt wird.»

Wir wollen, dass Leistung wieder belohnt wird. Dass unsere Unternehmen wachsen und Arbeitsplätze schaffen können. Dass unsere Strassen, Schienen, Stromnetze und digitalen Infrastrukturen mit unserem Land Schritt halten. Und dass die Menschen in der Schweiz sicher leben können – nach innen wie nach aussen.

Deshalb setzen wir im Wahljahr 2027 klare Prioritäten: Arbeit. Sicherheit. Infrastruktur. Denn Arbeit schafft Wohlstand. Sicherheit schafft Vertrauen. Und eine leistungsfähige Infrastruktur ist die Grundlage für unseren Erfolg und unsere hohe Lebensqualität.

Zu allen drei Schwerpunkten haben wir Positionspapiere erarbeitet. Sie zeigen auf,

welche konkreten Lösungen die FDP für die Zukunft unseres Landes vorschlägt. Über die nebenstehenden QR-Codes gelangen Sie direkt zu den einzelnen Papieren.

Der Wahlkampf beginnt jetzt. Deshalb laden wir Sie herzlich zu unserer freisinnigen Lands-gemeinde ein. Bringen Sie Ihre Familie, Freunde und Bekannte mit. Gemeinsam diskutieren wir unsere Ideen, bereiten den Wahlkampf vor und setzen ein starkes Zeichen für einen erfolgreichen Freisinn.

Packen wir es gemeinsam an. Für alle, die jeden Morgen aufstehen, Verantwortung übernehmen und unser Land mit ihrem Einsatz stark machen. Für den Freisinn. Für die Schweiz.



Damian Müller,
Wahlkampfleiter und Ständerat



«Ein Nato-Beitritt steht für die Schweiz nicht zur Diskussion.»

Am 27. September stimmt das Stimmvolk über die aus rechtsbürgerlichen Kreisen eingereichte Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität», die sogenannte Neutralitätsinitiative, ab. Bundesrat Ignazio Cassis stellt sich den kritischen Fragen zur Initiative.

Herr Bundesrat, die Initiative heisst «Wahrung der schweizerischen Neutralität». Warum ist der Bundesrat gegen etwas, das doch eigentlich selbstverständlich sein sollte?

Weil es am 27. September nicht darum geht, ob die Schweiz neutral bleiben soll. Die Schweiz war neutral, sie ist neutral und sie bleibt neutral.

Worum geht es dann?

Die eigentliche Frage ist: Wollen wir eine neue Neutralität mit starren Regeln in der Verfassung? Oder wollen wir an unserer Neutralität festhalten, die sich seit rund 180 Jahren bewährt hat?

Bundesrat und Parlament sagen klar: Wir brauchen keine neue Neutralität. Deshalb empfehlen wir, die Initiative abzulehnen.

«Die Schweiz war neutral, sie ist neutral und sie bleibt neutral.»

Aber wenn die Neutralität so wichtig ist, warum schreiben wir sie dann nicht endlich klar in die Verfassung?

Weil mehr Verfassung nicht mehr Neutralität bedeutet. Unsere Neutralität hat schon heute klare Grundlagen: im internationalen Recht, insbesondere in den Haager Konventionen, und in unserer Bundesverfassung.

Vieles, was die Initiative verlangt, gilt bereits heute: kein Beitritt zu einem Militärbündnis, keine Beteiligung an Kriegen anderer Staaten, gute Dienste für den Frieden. Neu ist vor allem, dass die Initiative den Handlungsspielraum der Schweiz einschränkt.

Aber braucht es nicht gerade bei der Neutralität klare Regeln statt politischen Handlungsspielraum?

Wir haben klare Regeln – und das seit Generationen. Aber klare Regeln dürfen nicht bedeuten, dass wir uns selbst die Hände binden. Das Neutralitätsrecht gibt den Rahmen vor.

Innerhalb dieses Rahmens müssen Bundesrat und Parlament entscheiden können. Denn keine Krise ist wie die andere. Neutralität allein schützt kein Land. Die Schweiz muss jeweils sorgfältig prüfen: Was dient unserem Land, unserer Sicherheit und unserer Unabhängigkeit? Wenn wir die Neutralität in ein zu enges Korsett zwingen, verlieren wir genau diese Freiheit.

Die Initiative verbietet den Nato-Beitritt.

Ein Nato-Beitritt steht für die Schweiz nicht zur Diskussion. Darüber könnte ohnehin nur das Volk entscheiden – mit oder ohne diese Initiative.

Die entscheidende Neuerung liegt woanders: Die Initiative würde die Zusammenarbeit mit Verteidigungsbündnissen stark einschränken. Doch Zusammenarbeit kann man nicht erst vorbereiten, wenn ein Angriff unmittelbar droht, dann ist es zu spät. Auch unsere Partner müssen bereit sein, im Ernstfall mit uns zusammenzuarbeiten.

Aber die Schweiz hat doch eine eigene Armee – braucht es diese Zusammenarbeit überhaupt?

Die Schweiz braucht eine starke Armee, denn «bewaffnete Neutralität» heisst, dass wir unser Land selbst verteidigen können. Das heisst aber nicht, dass wir im Falle eines Angriffs alles allein tun müssen.

Der Ernstfall lässt sich nicht improvisieren und muss mit Partnern geübt werden. Je unsicherer die Welt wird, desto wichtiger ist es, vorbereitet zu sein. Zudem brauchen Bundesrat und Parlament im Ernstfall möglichst viele Handlungsoptionen – nicht möglichst wenige.

Ist diese Zusammenarbeit nicht ein Nato-Beitritt durch die Hintertür?

Nein. Zusammenarbeit ist kein Nato-Beitritt. Die Schweiz geht keine Verpflichtungen ein, die mit ihrer Neutralität unvereinbar wären.

Aber es wäre fahrlässig, heute die Fähigkeit zur Zusammenarbeit abzubauen und darauf zu hoffen, sie im Ernstfall innert kürzester Zeit wieder aufbauen zu können. Sicherheitspolitik nach dem Prinzip Hoffnung ist keine verantwortungsvolle Politik.

Ein zweiter umstrittener Punkt sind die Sanktionen. Hat die Schweiz mit der Übernahme der EU-Sanktionen gegen Russland ihre Neutralität verletzt?

Nein. Sanktionen sind mit dem Neutralitätsrecht vereinbar. Sie geben der Schweiz die Möglichkeit, auf schwere Verletzungen des Völkerrechts zu reagieren.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass unsere Bevölkerung oder unsere internationalen Partner verstanden hätten, wenn die Schweiz den Angriff Russlands auf die Ukraine einfach nur zur Kenntnis genommen hätte. Über einzelne Sanktionen kann man diskutieren. Aber daraus sollten wir keine starre Regel für alle künftigen Krisen machen.

«Je unsicherer
die Welt wird, desto
wichtiger ist es,
vorbereitet zu sein.»

«Sicherheitspolitik
nach dem
Prinzip Hoffnung ist
keine
verantwortungsvolle
Politik.»

«Wir brauchen keine
neue Neutralität.»

Wäre es nicht konsequenter, zu sagen: Ein Neutraler sanktioniert keine Kriegspartei?

Das klingt einfach. Die Realität ist aber selten so einfach.

Gerade die Schweiz hat ein grosses Interesse daran, dass das Völkerrecht gilt. Als kleines, exportorientiertes Land sind wir darauf angewiesen, dass sich Staaten an gemeinsame Regeln halten – und nicht das Recht des Stärkeren gilt.

Die Schweiz übernimmt Sanktionen heute nicht automatisch. Sie entscheidet von Fall zu Fall. Diese Möglichkeit sollten wir uns erhalten.

Die Initiative will die Neutralität ausdrücklich für Vermittlung und Konfliktlösung einsetzen. Was kann man dagegen haben?

Gar nichts. Genau das macht die Schweiz bereits heute.

Wir vermitteln zwischen Konfliktparteien, vertreten die Interessen anderer Staaten, beherbergen internationale Organisationen und organisieren Friedensgespräche.

Gute Dienste kann man nicht einfach in die Verfassung schreiben. Sie funktionieren, weil andere Staaten der Schweiz vertrauen.

Wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit: Wo sehen Sie wirtschaftliche Risiken bei der Initiative?

Ein Risiko besteht bei unserer Rüstungsindustrie: Die Schweiz allein ist zu klein, um diese Industrie langfristig zu erhalten. 2025 gingen 86 Prozent unserer Kriegsmaterialexporte nach Europa.

Wenn Zweifel entstehen, ob die Schweiz im Ernstfall überhaupt noch liefern kann, verlieren unsere Unternehmen Aufträge und Partner. Und eine Rüstungsindustrie, die einmal verschwunden ist, lässt sich in einer Krise nicht einfach wieder aufbauen. Das bedeutet nicht mehr, sondern weniger Sicherheit für die Schweiz.

Wenn Sie einem liberalen Stimmbürger zum Schluss drei Gründe für ein Nein nennen müssten?

Erstens: Die Initiative ist unnötig. Die Schweiz war, ist und bleibt neutral – wir brauchen keine neue Neutralität.

Zweitens: Die Initiative ist ein Experiment. Sie verändert eine Neutralität, die sich seit 180 Jahren bewährt hat.

Drittens: Die Initiative gefährdet unsere Sicherheit. Sie nimmt uns den Handlungsspielraum, den wir brauchen, um uns auf Krisen vorzubereiten und im Ernstfall richtig zu handeln.

Unsere Parolen für den 27. September

Stimmzettel Eidgenössische Volksabstimmung vom 27.09.2026

Wollen Sie die Volksinitiative «Wahrung der Schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)» annehmen?

NEIN

Stimmzettel Eidgenössische Volksabstimmung vom 27.09.2026

Wollen Sie die Volksinitiative «Für eine sichere Ernährung – durch Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser (Ernährungsinitiative)» annehmen?

NEIN



Kennst Du bereits unseren wöchentlichen Newsletter?

Jeden Freitagmorgen erhältst Du von unserem Co-Parteipräsidium den Wecker-Newsletter zu einem aktuellen Thema, sowie spannende Einblicke in den Alltag unserer FDP-Politiker.

So bleibst Du auch zwischen den Freisinn-Ausgaben stets auf dem Laufenden und verpasst keine FDP-News mehr 📧

Jetzt Wecker-Newsletter
abonnieren

<https://www.fdp.ch/aktuell/news-anmelden>



Schweiz schützen!

In diesem Herbst wird die Sicherheit der Schweiz von rechts und links angegriffen: von der SVP mit ihrer «Neutralitätsinitiative» am 27. September und von Links-Grün mit dem Referendum gegen das Kriegsmaterialgesetz am 29. November. Die FDP wird diesen Doppelschlag abwehren, denn die Sicherheit der Bevölkerung ist unverhandelbar. Denn Sicherheit erfordert eine handlungsfähige Regierung und eine lebensfähige Verteidigungsindustrie.

Seit viereinhalb Jahren herrscht Krieg in der Ukraine. Russland bedroht die Nato-Ostflanke, hybride Kriegsführung ist in Zentraleuropa angekommen und Demokratien geraten weltweit unter Druck. Kurz: Die Sicherheitslage hat sich grundlegend verschlechtert. Auch die Schweiz muss sich für den Ernstfall wappnen.

Mit ihrer «**Neutralitätsinitiative**» will die SVP die bewährte Neutralität in ein starres Dogma verwandeln. Sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit dem Ausland wäre nur noch zulässig, wenn die Schweiz direkt militärisch angegriffen oder ein Angriff unmittelbar vorbereitet wird. Doch gerade für ein kleines Land ist die Zusammenarbeit mit Partnern zentral, um die bewaffnete Neutralität und eine glaubwürdige Abschreckung zu gewährleisten.

Die Auswirkungen der Initiative

Die flexible Auslegung der Neutralität hat sich über Jahrzehnte bewährt. Die Initiative würde diesen Handlungsspielraum zerstören, den Ruf der Schweiz als zuverlässiger Partner beschädigen und die Verteidigungsindustrie sowie die Friedensförderung schwächen. Zudem könnte der Bundesrat keine Sanktionen gegen kriegsführende Staaten mehr verhängen oder übernehmen. Davon profitieren einzig Despoten, die andere Länder völkerrechtswidrig überfallen.

- › **Nein zur Schwächung unserer Sicherheit:** Die Schweiz braucht die Zusammenarbeit mit ihren Partnern.
- › **Nein zum Ausbluten der Verteidigungsindustrie:** Eine sichere Schweiz ist auf eine lebensfähige, exportierende Rüstungsindustrie angewiesen.
- › **Nein zum starren Dogma:** Der Bundesrat muss die Neutralität pragmatisch und mit Augenmass umsetzen können.

- › **Nein zu blinden Verboten:** Eine handlungsfähige Schweiz muss massgeschneiderte Sanktionen beschliessen können.

Angriffe auf unsere Sicherheit von beiden Flanken

Doch damit nicht genug: Mit ihrem **Referendum gegen das Kriegsmaterialgesetz** will die SP die Schweiz weiter entwaffnen. Das ist naiv und gefährlich. Denn wenn sich die Schweiz nicht glaubwürdig verteidigen kann, verliert sie ihre abschreckende Wirkung.

Die Revision des Kriegsmaterialgesetzes gibt dem Bundesrat den nötigen Spielraum, die Ausfuhrpolitik an veränderte geopolitische Bedingungen anzupassen. Jeder Konflikt ist anders. Deshalb muss die Regierung im Einzelfall entscheiden können, statt an ein starres Korsett gebunden zu sein.

Die schweizerische Verteidigungsindustrie steht unter enormem Druck. Ohne Exporte kann sie langfristig nicht überleben. Restriktive Exportregeln und ein faktisches Wiederausfuhrverbot gefährden die heimischen Unternehmen. Ohne eine eigene Verteidigungsindustrie wäre

die Schweiz vollständig vom Ausland abhängig.

Die Revision stärkt deshalb die Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit unseres Landes. Sie ermöglicht Exporte an Partnerstaaten, ohne die strengen Kontrollen aufzugeben. So wird die Schweiz für ihre wichtigsten Partner wieder verlässlich: Wenn Partner im Notfall auf uns zählen können, sind sie auch eher bereit, die Schweiz mit Verteidigungsgütern zu beliefern.

So schützen wir die Schweiz:

Am 27. September: «Neutralitätsinitiative» **NEIN**

Am 29. November: Kriegsmaterialgesetz **JA**



Michael Schoy,
Leiter Kampagnen FDP Schweiz



Nein, so eine Armee wollen wir nicht!

Frauen vor Gewalt schützen heisst Freiheit schützen

Warum die FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz ein Positionspapier zu Femiziden verabschiedet haben.

Wer in den letzten Monaten die Nachrichten verfolgt hat, ist dem Thema Femizide immer wieder begegnet. Frauen werden von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet, auch in der Schweiz. Jede dieser Taten erschüttert. Und jedes Mal stellt sich dieselbe Frage: Hätten sie verhindert werden können?

Als FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz sind wir überzeugt: Betroffenheit allein reicht nicht. Es braucht den Willen, hinzuschauen, Risiken frühzeitig zu erkennen und dort zu handeln, wo Menschenleben in Gefahr sind. Genau deshalb haben wir ein Positionspapier zum Thema Femizide erarbeitet. Nicht weil wir glauben, für alles eine einfache Lösung zu haben, sondern weil der Schutz vor Gewalt zu den wichtigsten Aufgaben eines funktionierenden Rechtsstaates gehört. Freiheit bedeutet auch, sicher leben zu können. Wer Gewalt fürchten muss, ist nicht frei. Und für die FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz ist Sicherheit in Kernthema – gerade auch für Frauen.

Fakten statt Wegschauen

Liberaler Politik basiert auf Fakten. Umso erstaunlicher ist es, dass die Schweiz bis heute keine schweizweit einheitliche Erfassung von Femiziden kennt. Was fehlt, sind verlässliche Daten darüber, welche Risikofaktoren besonders häufig zusammentreffen und welche Massnahmen tatsächlich wirken. Wer ein Problem lösen will, muss es zuerst sichtbar machen. Deshalb fordern wir eine schweizweit einheitliche Erfassung von Femiziden. Nicht aus ideologischen Gründen, sondern weil Prävention ohne Fakten kaum möglich ist.

Schutz statt Ideologie

Meist gab es bereits vor der Tat Warnsignale. Drohungen, Stalking oder frühere Gewalt waren bekannt. Trotzdem greifen Schutzmassnahmen häufig zu spät oder kanton unterschiedlich. Hier braucht es klare Abläufe, eine enge Zusammenarbeit zwischen Polizei, Justiz und Fachstellen sowie Schutzangebote, die rasch und unkompliziert erreichbar sind. Wer gefährdet ist, braucht Hilfe, nicht Zuständigkeitsdebatten. Der Rechtsstaat muss dort stark sein, wo Leben bedroht sind.

Prävention statt Eskalation

Gewalt entsteht selten von einem Tag auf den anderen. Deshalb muss Prävention früh ansetzen. Aufklärung über Warnsignale, Sensibilisierung in Schulen und Programme zur frühen Intervention können helfen, Eskalationen zu verhindern. Prävention stärkt die Eigenverantwortung, schützt potenzielle Opfer und entlastet langfristig auch unseren Staat. Sicherheit beginnt nicht erst nach einer Straftat.

Konsequenz statt Wegsehen

Wo Gewalt ausgeübt wird, braucht es einen Rechtsstaat, der konsequent handelt. Schutzanordnungen und bestehende Gesetze müssen konsequent umgesetzt werden. Unreflektiert

stets neue Vorschriften zu machen, ist keine Lösung. Entscheidend ist vielmehr, dass sinnvolle bestehenden Instrumente greifen und gefährdete Frauen wirksam geschützt werden. Nulltoleranz gegenüber Gewalt ist kein politisches Schlagwort, sondern Ausdruck eines glaubwürdigen Rechtsstaates.

Femizide sind kein Randthema. Sie betreffen die Sicherheit unserer Gesellschaft und damit einen zentralen liberalen Wert: die Freiheit. Mit ihrem Positionspapier wollen die FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz Verantwortung übernehmen und konkrete Lösungen aufzeigen. Frauen vor Gewalt zu schützen, heisst Freiheit zu schützen. Genau dafür setzen wir uns ein.



Anna Marty,
Geschäftsleitungsmitglied FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz
Präsidentin FDP.Die Liberalen Frauen Schwyz

Betonierte Neutralität ist keine Sicherheitspolitik

Für eine sichere Schweiz

Neutralität schützt die Schweiz nur, wenn sie beweglich bleibt. Die SVP-Initiative würde sie in starre Regeln giessen, militärische Kooperation erschweren und den Handlungsspielraum des Bundesrats bei Sanktionen beschneiden. Betonerte Neutralität wäre deshalb keine Sicherheitspolitik, sondern ein Risiko.

In den Londoner Verträgen von 1839 wurde dem jungen Staat Belgien von den damaligen europäischen Grossmächten die immerwährende Neutralität garantiert. Genützt hat dies wenig. In beiden Weltkriegen wurde die belgische Neutralität von Deutschland verletzt, und das neutrale Land wurde Kriegsschauplatz wider Willen. Die Schweiz hatte mehr Glück.

Akzeptanz von aussen

In der Schweizer Bundesverfassung wird die Neutralität erwähnt, aber nicht definiert. Dem zugrunde liegt auch die nüchterne Einsicht, dass es die kriegführenden Mächte sind, die unsere Neutralität anerkennen, oder eben nicht. Erinnern wir uns: Es waren die europäischen Grossmächte, allen voran die britische Krone und das Zarenreich, die 1814/1815 die bewaffnete Neutralität der Schweiz einforderten und damit unserem Land nach den napoleonischen Kriegen die Unabhängigkeit sicherten. Der Wert der Neutralität misst sich nach der Akzeptanz von aussen.

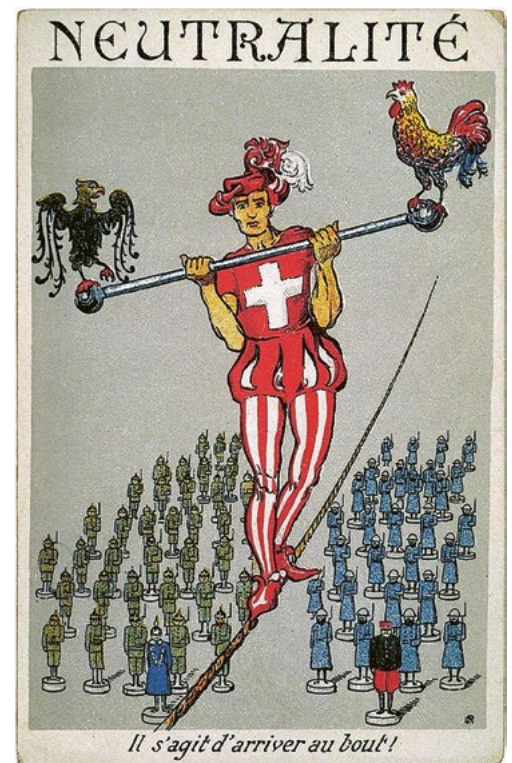
Diese Akzeptanz hat nicht erst seit der Übernahme der EU-Sanktionen gegen Russland gelitten. Die Alliierten hielten im Zweiten Weltkrieg wenig von unserer Auffassung von Neutralität, aber die Schweiz konnte sich auch dank einer sehr flexiblen Interpretation einer Besetzung durch die Achsenmächte entziehen. Gerade diese historische Erfahrung zeigt: Neutralität war nie ein Dogma. Sie war immer auch politische Klugheit, Anpassungsfähigkeit und sicherheitspolitischer Pragmatismus.

Die SVP-Initiative fokussiert auf zwei Aspekte: Erstens soll ein Verbot von Militärbündnissen in der Verfassung verankert werden. Ausnahme: im Falle einer bevorstehenden militärischen Aggression gegen die Schweiz. Konkret heisst das: keine engere Zusammenarbeit mit der Nato. Wenn es allerdings brenzlich wird, dürfen wir militärische Hilfe in Anspruch nehmen. Das ist nicht zu Ende gedacht: Zusammenarbeit kann man nicht erst dann einüben, wenn der Ernstfall bereits eingetreten ist.

Verbot von Sanktionen

Zweitens sollen Sanktionen gegen kriegführenden Mächte verboten werden; eine Ausnahme bilden Sanktionen des UNO-Sicherheitsrates. Der russische Aussenminister Sergei Lawrow sieht als Folge der Übernahme der EU-Sanktionen die Schweizer Neutralität verletzt. Diese Ansicht ist sicherheitspolitisch relevant, auch wenn sie völkerrechtlich fragwürdig bleibt. Das Haager Abkommen schweigt zur Sanktionsproblematik der Moderne.

Mit der Übernahme der Sanktionen hat der Bundesrat das Land vor massiven Problemen mit unseren engsten und wichtigsten Handelspartnern bewahrt. Wie lange hätte die Schweiz bei einem Nein zu den Sanktionen dem Druck aus Brüssel und Washington standhalten können? Wie hoch wäre die Wahrscheinlichkeit gewesen, dass die EU und die USA ihrerseits Strafaktionen gegen die Schweiz ergriffen hätten? Sie wäre erheblich gewesen.



Karikatur, welche den Balanceakt der Wahrung der Neutralität 1915 darstellt.

Neutralität ist kein Selbstzweck

Bei einer Annahme der Initiative zerstören wir den Ermessensspielraum unserer Regierung, auf externe Schocks mit Augenmass zu reagieren. Heute steht in Artikel 185 der Bundesverfassung: «Der Bundesrat trifft Massnahmen zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz.» Das muss reichen. Wie Bundesrat und Parlament auf eine konkrete Bedrohungslage reagieren, muss im Einzelfall entschieden werden. Nur mit dieser Flexibilität können wir auch in Zukunft adäquat Sicherheitspolitik betreiben. Neutralität ist kein Selbstzweck. Sie soll die Sicherheit, Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit der Schweiz schützen. Wird sie in Beton gegossen, verliert sie genau jene Flexibilität, die sie historisch stark gemacht hat. Aus diesen Gründen ist die Neutralitätsinitiative der SVP unbedingt abzulehnen.



Walter Denz,
FDP International

Wirtschaft steht hinter den Jungfreisinnigen

Verwaltungsbremse-Initiative

Am 12. August haben die Spitzen der drei grossen Wirtschaftsverbände – economiesuisse, Schweizerischer Gewerbeverband (sgv) und Schweizerischer Arbeitgeberverband (SAV) – an einer Pressekonferenz auf dem Bundesplatz öffentlich gemacht, die Verwaltungsbremse-Initiative der Jungfreisinnigen zu unterstützen.



Foto (v.l.n.r.): Urs Furrer, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband; Prof. Roland A. Müller, Direktor Schweizerischer Arbeitgeberverband; Jonas Lüthy, Präsident Jungfreisinnige; Monika Rühl, Direktorin economiesuisse; Lucio Sansano, Präsident Verwaltungsbremse-Initiative; Pauline Blanc, Vizepräsidentin Jungfreisinnige

Breite Unterstützung für die Verwaltungsbremse

An einer gemeinsamen Pressekonferenz haben sich economiesuisse, der Arbeitgeber- und der Gewerbeverband hinter unsere Verwaltungsbremse-Initiative gestellt. Damit trägt nicht nur eine überparteiliche Allianz von GLP-, Mitte-, FDP- und SVP-Bundesparlamentariern unser Anliegen, sondern auch die Schweizer Wirt-

schaft. Dass die Verbände bereits in der Sammelphase geschlossen hinter uns stehen, ist ein starkes Signal für die Initiative und zugleich ein Beleg dafür, wie gross der Handlungsbedarf inzwischen ist. Ohne Korrektiv schwächt das anhaltende Verwaltungswachstum den Wirtschaftsstandort nachhaltig. Die Verwaltungsbremse setzt diesem Trend ein Ende.

100-m²-Bundeshaus-Hüpfburg als Kampagnensujet

Trotz der erdrückenden Relevanz des übermässigen Verwaltungswachstums bleibt die Sensibilisierung der Bevölkerung für das auf den ersten Blick trockene Thema eine Herausforderung. Im Lichte dessen haben wir für unsere Verwaltungsbremse-Initiative eine Hüpfburg in Form unseres Kampagnensujets, des übergewichtigen Bundeshauses, lanciert. Das Sujet verkörpert die von der Politik verursachte überquellende Verwaltung und Bürokratie. Dass eine Hüpfburg vor allem Familien anspricht, ist kein Zufall. Denn das übermässige Verwaltungswachstum untergräbt zentrale Faktoren des Schweizer Erfolgsmodells, dessen Erhalt seit jeher ein Versprechen an künftige Generationen ist. Für dieses steht die Verwaltungsbremse-Initiative.

Unsere 10×10-Meter-Bundeshaus-Hüpfburg wird im Sommer 2027 durch die ganze Schweiz touren und uns damit ermöglichen, an Dorffesten, Standaktionen oder anderen Sommeranlässen mit Jung und Alt über unser Anliegen ins Gespräch zu kommen. Ich freue mich jetzt schon darauf.



Lucio Sansano,
Präsident Initiativkomitee
Verwaltungsbremse-Initiative

Maja Riniker kämpft in der Ersatzwahl um den FDP-Regierungsratssitz im Aargau. Foto: zVg



Politik beginnt im Alltag

Nationalrätin Maja Riniker (48) kandidiert im Kanton Aargau für die Ersatzwahl des zurückgetretenen FDP-Regierungsrats Stephan Attiger (59). Der FREISINN sprach mit der letztjährigen Nationalratspräsidentin über die Motivation zur Kandidatur.

Du politisierst seit sieben Jahren als Nationalrätin in Bundesbern. Was gefällt dir an dieser Arbeit?

Mich begeistert bis heute, dass ich an Lösungen mitarbeiten darf, die das Leben der Menschen konkret verbessern. Politik bedeutet für mich, Verantwortung zu übernehmen, zuzuhören und unterschiedliche Interessen zusammenzubringen. In Bundesbern habe ich gelernt, wie wichtig es ist, über Parteigrenzen hinweg tragfähige Lösungen zu finden. Diese Erfahrung möchte ich nun noch stärker für den Aargau einbringen. Denn Politik beginnt dort, wo sie für die Menschen im Alltag spürbar wird.

«Politik bedeutet für mich, Verantwortung zu übernehmen, zuzuhören und unterschiedliche Interessen zusammenzubringen.»

Im vergangenen Jahr warst du Nationalratspräsidentin – wo lagen die wesentlichen Unterschiede dieses Präsidialjahrs gegenüber den anderen Jahren?

Ich durfte die Schweiz im In- und Ausland vertreten und unzählige Menschen kennenlernen – aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft. Besonders beeindruckt hat mich, wie viel unser Land vom respektvollen Miteinander lebt. Als Nationalratspräsidentin stand nicht die Parteipolitik im Zentrum, sondern das Verbindende: Zuhören, Brücken bauen und auch in anspruchsvollen Situationen lösungsorientiert bleiben.

Der Wechsel von der Legislative zur Exekutive bringt viel Neues mit – was sind deine Erwartungen?

Mich reizt die Möglichkeit, Verantwortung nicht nur bei der Gesetzgebung, sondern auch bei der Umsetzung zu übernehmen. In einer Regierung kann man Entwicklungen aktiv gestalten und Projekte voranbringen. Dabei will ich pragmatisch handeln, Prioritäten setzen und gemeinsam mit Gemeinden, Wirtschaft und Bevölkerung Lösungen erarbeiten. Politik soll Resultate bringen, nicht Schlagzeilen.

Welche Herausforderungen müssen im Kanton Aargau unbedingt angepackt werden?

Der Aargau wächst, und das ist grundsätzlich eine grosse Chance. Dieses Wachstum müssen wir aber klug gestalten. Wir brauchen genügend und sichere Energie, leistungsfähige Strassen und Bahnen, gute Schulen und eine Verwaltung, die effizient arbeitet. Gleichzeitig müssen wir unseren Unternehmen Sorge tragen, denn sie schaffen Arbeitsplätze und Wohlstand. Genau darin sehe ich eine der grossen Aufgaben der nächsten Jahre.

«Politik soll Resultate bringen, nicht Schlagzeilen.»



Nathalie Henseler,
Redaktionsleiterin FREISINN

Auswahl von laufenden Beschaffungen

Wo stehen wir heute?

Bestand heute*



F/A-18

Anfangs 2030er-Jahre am Ende ihrer Lebensdauer.



Kein Schutz vor Angriffen aus grosser Distanz.



Kein Schutz vor Angriffen aus mittlerer Distanz.



Systeme zum Schutz auf kurze Distanz laufen Anfangs 2023er-Jahre aus.



Panzer 87 Leopard 2 WE, geplantes Nutzungsende Mitte 2030er-Jahre.

Geplante Beschaffungen*



F-35A

30 statt 36, Zusatzkredit von CHF 394 Mio. erst vom Ständerat bewilligt.



5 Patriot-Systeme, würden ca. 36% der Landesfläche decken, erwartete Mehrkosten von ~CHF 1 Mrd. noch nicht gesichert.

Ergänzendes System aus Frankreich, Israel oder Südkorea, noch kein Beschaffungsvertrag.



7 Iris-T SLM zum Schutz gegen Marschflugkörper, Drohnen & Flugzeuge, CHF 1. Mrd. noch nicht bewilligt.



Oerlikon Skynex, noch kein Beschaffungsvertrag, Verpflichtungskredit von CHF 800 Mio. beantragt.



Instandsetzung von CHF 255 Mio. finanziert, Ersatz nach Mitte 2023 weder ausgewählt noch finanziert.

Das ist unser Lösungsvorschlag!

Jetzt sind die anderen am Zug

Die Armee wurde 30 Jahre lang kaputtgespart. Der Nachrichtendienst spricht in seinem aktuellen Sicherheitsbericht von einer weiteren Verschärfung der Sicherheitslage. Diese Lücke zwischen angespannter Sicherheitslage und Verteidigungsfähigkeit muss dringend und so schnell wie möglich geschlossen werden.

Die Armeefinanzierung ist ein vielschichtiges Geschäft: Es geht in erster Linie um die politische **Priorisierung bei der Finanzierung von bodengestützten Luftabwehrsystemen, um den Erhalt von terrestrischer Verteidigungsfähigkeit und die vollständige Ausrüstung der Armeeangehörigen**. Dabei hängen die Rüstungsbeschaffungen nebst den Lieferfristen der Rüstungsindustrie insbesondere auch davon ab, wann die erste Anzahlung zur Reservation des Produktionsslots erfolgen kann. Denn zum Ukrainekrieg hinzu hat der Irankrieg nun überraschend die Verfügbarkeit im Munitionsbereich weiter verschärft: Auch gut ausgerüstete Staaten wie die USA kämpfen zurzeit mit Nachschubproblemen.

Für die Schweiz und andere europäische Staaten bedeutet das: Je mehr bei der Bestellung angezahlt wird, desto weiter nach vorne rückt man in der Lieferliste. Denn die Lieferzeiten betragen zum Teil Jahre. Die Suche nach alternativen Verteidigungssystemen zu den bisher evaluierten läuft bei armasuisse ebenfalls auf Hochtouren.

Doch drückt der Schuh auch noch hier: Die Lage ist dermassen angespannt, dass die Verteidigungsfähigkeit so schnell wie möglich wiederhergestellt werden muss. Dies ist nötig, weil bei der Armee in den letzten 30 Jahren – aus gesellschaftspolitisch verständlichen Gründen – zu viel gespart wurde. Diese müssen nun korrigiert und der veränderten Sicherheitslage angepasst werden. **Die schnelle Beschaffung und Ausrüstung ist ein dringliches Geschäft.**

Ein erster Schritt in diese Richtung ist nun aufgegleist, denn der Bundesrat beantragt CHF 970 Mio. aus Steuerüberschüssen für Anzahlungen zu Gunsten der bodengestützten

Luftverteidigung. Die Linke hat bereits Opposition angekündigt und will das Geld für den Klimaschutz ausgeben. Für die Schliessung der Lücken in der Verteidigungsfähigkeit braucht es allerdings noch mehr Finanzmittel – es wird ein hartes Stück Arbeit.

Wir schlagen deshalb einen «Wehr- und Werkplatzfonds» vor, um der verschlechterten sicherheitspolitischen Lage in Europa entgegenzutreten und die mangelnde Verteidigungsfähigkeit der Schweizer Armee zu beheben. Damit legt die FDP den anderen Parteien einen Vorschlag auf den Tisch, um den Kreis zu durchbrechen, in dem sich die politische Diskussion nun seit fast drei Jahren dreht.

Denn wir fordern eine rasche Aus- und Aufrüstung des längst versprochenen persönlichen Materials und der dringend nötigen Verteidigungssysteme.

Gleichzeitig lehnen wir die Finanzierung durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ab, sondern präsentieren einen bürgerlichen Gegenentwurf mit einem Mix aus Einsparungen, Kapitalmobilisierung und Priorisierungen, die insgesamt 38 Milliarden Franken freispielen, ohne die Schuldenbremse zu verletzen.

Kernpunkte der vorgeschlagenen Finanzierung:

- › **Priorisierung im Bundesbudget (CHF 10 Mia.):** Priorisierung der Verteidigungsausgaben im ordentlichen Haushalt durch gezielte Entlastungen, insbesondere bei der Internationalen Zusammenarbeit (IZA).
- › **Teilverkauf der Swisscom (CHF 6 Mia.):** Reduktion der Bundesbeteiligung von rund 51% auf ein Drittel, wobei der Bund als Ankeraktionär mit Sperrminorität bestehen bleibt.

- › **Erstreckung der Covid-Schuldenfrist (CHF 4 Mia.):** Zweckgebundene Zuweisung von SNB-Zusatzausschüttungen und ordentlichen Rechnungsüberschüssen in den Fonds über einen Zeitraum von zehn Jahren.
- › **Effizienzsteigerung im VBS (CHF 1 Mia.):** Nominale Plafonierung der Betriebsausgaben der Armee ab 2027 durch den Abbau von administrativen Doppelstrukturen und Supportfunktionen.
- › **Reaktion auf den Drohnenschock (CHF 4 Mia.):** Bereitstellung von ausserordentlichen Mitteln für den dringlichen Schutz kritischer Infrastrukturen mittels moderner Drohnenabwehrsysteme.
- › **Plafonierung des Kantonsanteils (CHF 13 Mia.):** Zeitlich befristete Abschöpfung des künftigen Wachstums der direkten Bundessteuer bei den Kantonen unter Einhaltung des verfassungsrechtlichen Minimums von 17%.

Verworfenne Finanzierungsoptionen:

- › **Erhöhung der Mehrwertsteuer:** Wir wehren uns gegen eine weitere Belastung für Mittelstand und KMU!
- › **Aufgabe der Schuldenbremse:** Wir geben die finanzpolitische Stabilität nicht preis! Der strukturelle Aufwuchs der Armee muss zwingend über den ordentlichen Haushalt erfolgen.



Nathalie Henseler,
Redaktionsleiterin
FREISINN



Fanny Dietschi,
Redaktion
FREISINN



Das Thema Infrastruktur brennt in der Schweiz unter den Nägeln: Teure Wohnungen, lange Stauzeiten und volle Züge nerven. An der Delegiertenversammlung in Solothurn verabschiedete die FDP. Die Liberalen Schweiz einen Massnahmenkatalog, wie diese «Aufreger» beseitigt werden können. Bereits im März hat der Luzerner Ständerat und Wahlkampfleiter Damian Müller (41) eine Motion eingereicht, welche die Wohnungsknappheit ins Visier nimmt. Der Bundesrat lehnt in seiner Antwort die Motion ab. Müller erklärt im Gespräch mit dem FREISINN, worum es geht.

Mit deiner Motion möchtest du den Kantonen in Ausnahmefällen in Zusammenarbeit mit Städten und Gemeinden einfache, rasche, lokal klar eingegrenzte und bedarfsorientierte Neueinzonungen ermöglichen. Wird damit nicht ein Hintertürchen geschaffen, damit nicht betroffene Gemeinden wieder einzonen können?

Nein. Genau das soll verhindert werden. Meine Motion schafft keine generelle Lockerung des Raumplanungsgesetzes, sondern eine eng begrenzte Ausnahmeregelung für Regionen, in denen nachweislich eine akute Wohnungsknappheit besteht. Voraussetzungen wie eine dauerhaft tiefe Leerwohnungsquote, die Zustimmung des Kantons sowie eine lokale Bedarfsanalyse verhindern Missbrauch.

Zudem gilt weiterhin der Grundsatz «Innenentwicklung vor Aussenentwicklung». Wo genügend Potenzial innerhalb der bestehenden Bauzonen vorhanden ist, soll dieses zuerst genutzt werden. Neueinzonungen dürfen erst dann möglich sein, wenn dieses Potenzial ausgeschöpft ist und trotzdem zu wenig Wohnraum entsteht. Es geht um Pragmatismus statt Ideologie.

«Es geht um Pragmatismus statt Ideologie»

Du kritisierst in deinem Vorstoss vor allem auch die Zeitspanne von 15 Jahren, auf die Einzonungen ausgelegt werden müssen. Weshalb?

Die 15-Jahres-Regel stammt aus einer Zeit mit anderen Rahmenbedingungen. Heute verändern sich Bevölkerung, Wirtschaft und Wohnbedürfnisse wesentlich schneller. Wenn Regionen stark wachsen, fehlen den Behörden die nötigen Instrumente, um zeitnah zu reagieren. Mein Ziel ist nicht, die langfristige Planung aufzugeben, sondern mehr Flexibilität zu schaffen. Wenn über mehrere Jahre eine akute Wohnungsnot besteht, darf die Politik nicht tatenlos zusehen, weil ein Planungsinstrument zu starr ausgestaltet ist.

Du begründest deinen Vorstoss damit, dass das in der BV festgelegte Sozialziel klar verfehlt wird, nach welchem Wohnungssuchende für sich und ihre Familien eine angemessene Wohnung zur Verfügung haben sollen. Reicht da nicht eine klare Handlungsaufforderung an den Bundesrat, dieses verfassungsmässig festgelegte Ziel einfach sofort umzusetzen? Nein. Eine Handlungsaufforderung allein schafft keine einzige zusätzliche Wohnung.

Die Ursachen der Wohnungsknappheit sind bekannt: langwierige Bewilligungsverfahren, Einsprachen, fehlendes Bauland in Wachs-

tumsregionen und eine zunehmend komplexe Regulierung. Deshalb braucht es konkrete gesetzliche Verbesserungen und nicht bloss politische Appelle.

Wer den Mittelstand entlasten will, muss das Angebot erhöhen. Dauerhaft bezahlbarer Wohnraum entsteht nur, wenn wieder mehr gebaut werden kann.

Der Bundesrat lehnt den Vorstoss ab – wie interpretierst du diese Absage?

Ich nehme die Haltung des Bundesrates zur Kenntnis, teile sie aber nicht.

Der Bundesrat verweist auf den Aktionsplan Wohnungsknappheit und laufende Arbeiten. Das begrüsse ich ausdrücklich. Gleichzeitig reichen diese Massnahmen aus meiner Sicht nicht aus, um die Dynamik auf dem Wohnungsmarkt zu brechen.

Nach der Ablehnung der 10-Millionen-Initiative hat die Politik versprochen, die Infrastrukturprobleme aktiv anzugehen. Genau das

tue ich. Wer das Bevölkerungswachstum akzeptiert, muss auch dafür sorgen, dass genügend Wohnungen, Strassen, Schulen und Energieversorgung vorhanden sind. Probleme lassen sich nicht wegdiskutieren – sie müssen gelöst werden.

Hast du noch weitere Ideen im Köcher, wie die Schweiz wieder attraktiver wird für den eigenen Mittelstand, ohne dass liberale Grundsätze über Bord geworfen werden müssen?

Ja. Wir müssen die Bedürfnisse der Bevölkerung wieder besser ins Zentrum rücken, so dass insbesondere auch der Mittelstand wieder bessere Perspektiven in verschiedener Hinsicht hat.

Dazu gehören schnellere Bewilligungs- und Planungsverfahren, weniger Bürokratie, wettbewerbsfähige Steuern, eine sichere Energieversorgung, leistungsfähige Verkehrs- und Digitalinfrastruktur sowie stabile Sozialwerke.

Gleichzeitig müssen wir verhindern, dass der Staat durch immer neue Vorschriften und Abgaben die Lebenshaltungskosten zusätzlich erhöht. Wer arbeitet, Verantwortung übernimmt und Steuern bezahlt, muss sich Wohnen, Mobilität und Familienleben wieder leisten können.

Liberaler Politik bedeutet nicht, Probleme zu ignorieren. Sie bedeutet, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Menschen, Unternehmen und Gemeinden selbst Lösungen entwickeln können. Genau dort sehe ich den Auftrag der Politik.



Nathalie Henseler,
Redaktionsleiterin FREISINN

«Wir müssen die Bedürfnisse der Bevölkerung wieder besser ins Zentrum rücken»





Europas Sicherheitsordnung hat sich grundlegend verändert. Am Vortragsabend von FDP Service Public zeigte Divisionär a. D. Alain Vuitel, weshalb Sicherheit mehr verlangt als militärische Mittel: Widerstandskraft, Investitionen und den Willen, Freiheit und Demokratie zu verteidigen.

Nach dem Ende des Kalten Krieges setzte Europa lange auf die Friedensdividende. Auch die Schweizer Armee wurde in mehreren Reformschritten verkleinert. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Rivalität der Grossmächte sowie Cyberangriffe, Desinformation und Sabotage haben die sicherheitspolitische Lage grundlegend verändert.

Divisionär a. D. Alain Vuitel ordnete diese Entwicklungen am Anlass von FDP Service Public aus militärstrategischer Sicht ein. Seine zentrale Botschaft: Sicherheitspolitik darf nicht auf die Armee reduziert werden. Sie umfasst ebenso funktionierende staatliche Institutionen, kritische Infrastrukturen, eine leistungsfähige Wirtschaft und eine widerstandsfähige Gesellschaft.

Sicherheit als Gesamtsystem

Vuitel stellte die «umfassende Sicherheit» ins Zentrum. Im Innersten stehen der gemeinsame Wille und Werte wie Demokratie, Bildung, Kultur und Wissen. Darum herum liegen Strom- und Datennetze, staatliche Führungsfähigkeit, Energieversorgung, Verkehr, Gesundheitswesen, öffentliche Sicherheit und Wirtschaft. Die Armee ist ein zentraler Pfeiler dieses Gesamtsystems.

Der Vortrag knüpfte damit an die aktuelle Ausrichtung des Bundes an. Der Bundesrat hat am 19. Juni 2026 die Leitlinien für die Verteidigung gutgeheissen. Im Vordergrund steht die Abwehr hybrider Bedrohungen und von Angriffen aus der Distanz. Priorität haben unter anderem der Schutz kritischer Infrastrukturen, Führungsfähigkeit, Nachrichtenbeschaffung, Drohnenabwehr, elektronische Kriegführung und Resilienz.

Abhalten statt reagieren

Entscheidend ist nicht nur, über militärische Mittel zu verfügen, sondern damit glaubwürdige Wirkung zu erzielen. Vuitel brachte das Ziel auf eine einfache Formel: «Erfolg bedeutet, den Gegner davon zu überzeugen, dass er seine Ziele nicht erreichen kann.»

Glaubwürdige Verteidigung dient damit zuerst der Abhaltung. Sie soll verhindern, dass ein potenzieller Gegner überhaupt zum Schluss kommt, Druck, Erpressung oder ein Angriff könnten erfolgreich sein. Aus Vuitels Sicht darf die Schweiz deshalb im europäischen Sicherheitsgefüge keine Lücke bilden: Wer seine Sicherheit nicht selbst ernst nimmt, schafft Ab-

hängigkeiten und Risiken, die über die eigenen Grenzen hinausreichen.

Vuitel kennt die Schweizer Sicherheitspolitik aus jahrzehntelanger Erfahrung. Seit 1989 war er im VBS in zahlreichen Funktionen tätig, unter anderem als Chef der Nationalen Alarmzentrale, Chef des Militärischen Nachrichtendienstes, Chef der Führungsunterstützungsbasis und Projektleiter Kommando Cyber. Bis Ende Juni 2026 war er Stabschef Operative Schulung der Armee.

Der Abend machte deutlich: Mehr Geld allein schafft noch keine Sicherheit. Gefragt sind klare Prioritäten, moderne Fähigkeiten, widerstandsfähige Strukturen und gesellschaftlicher Verteidigungswille. Für eine liberale Schweiz ist das zentral. Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit – sie setzt voraus, dass wir bereit sind, sie zu schützen.



Markus Brunner,
Vorstandsmitglied FDP Service Public

Ist Print tot?

Der «SonntagsBLICK» wird zugunsten einer Wochenendausgabe mit der Samstagsausgabe zusammengelegt. Die digitalen Angebote der NZZ-Gruppe werden ständig erweitert, von Podcasts bis Video-Interviews. **Der Informationsraum ist umkämpft: Zankäpfel sind unterschiedliche Philosophien**, das Informationskonsumverhalten der jüngeren Generation und das Generieren von Aufmerksamkeit, die länger als drei Sekunden anhält.

Nachdem die FDP Schweiz ihre Social-Media-Präsenz in den letzten beiden Jahren kontinuierlich ausgebaut hat und diese – neben den Petitionen – gerade zu einem weiteren erfolgreichen Campaigning-Instrument heranreift, sind nun weitere Informationsmittel an der Reihe.

In diesem Kontext hat sich das Generalsekretariat entschieden, **die Performance des altbewährten FREISINNS genauer anzuschauen**: Wer ist unsere Zielgruppe? Wen erreichen wir

eigentlich? Ist ein Papierheftli noch zeitgemäss oder ist Print tot?

In Zusammenarbeit mit den Sektionen in den Kantonen haben wir diese Fragen beantwortet und analysiert.

Wir erfinden den FREISINN neu. Er wird ein Magazin mit frischem Layout:

- › Mehr Menschen
- › Politische Inhalte, neu präsentiert
- › Mehr Zusammenhalt und Spirit
- › Spürbar gelebte Werte
- › Wissenswertes zur liberalen Geschichte
- › Mit Augenzwinkern und Humor
- › Mitmach-Aktionen

Um diese Aufgabe mit viel Tatkraft anzupacken, ist neu Nathalie Henseler Pfyl als Redaktionsleiterin des FREISINNS ins Kommunikationsteam des Generalsekretariats gestossen. Die 50-jährige Schwyzerin arbeitet seit 20 Jahren in der Politik. **Herzlich willkommen, liebe Nathalie!**

Die ehemalige BLICK-Redaktorin und Seilbahn-Unternehmerin ist Mitglied der Geschäftsleitung der FDP Kanton Schwyz und ausgewiesene Expertin in der politischen Kommunikation und der Leitung von Wahl- und Abstimmungskampagnen.

Sind Sie auch schon so gespannt wie wir? **Wir freuen uns bereits jetzt auf die November-Ausgabe im neuen Look!**



Matia Demarmels,
Kommunikationschef FDP Schweiz

Lands- gemeinde

17. Oktober 2026, Langenthal

**Für alle, die den
Wecker stellen.**



Jetzt anmelden
QR-Code scannen, um
Dich anzumelden und
alle Infos zu erhalten.



FDP

MEIN ESSEN, MEINE WAHL.



NEIN ZUM VEGAN- ZWANG!

ernaehrungsinitiative-nein.ch